



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 31.05.2019

Grünbühl: Bundeswehr bekundet erneut Interesse an Panzerhallen

Die Städte Pirmasens und Rodalben brauchen größere Gewerbeflächen. Aus diesem Grund wurde die gemeinsame Nutzung der benachbarten Areale Husterhöhe/Grünbühl anvisiert. Laut früherer Verlautbarungen sollten die meisten Panzerhallen noch im Jahr 2008 von der Bundeswehr zur Nutzung freigegeben werden. Auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Angelika Glöckner teilte das Verteidigungsministerium mit, dass im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen, die Bundeswehr über eine Weiternutzung der Panzerhallen nachdenkt. Die endgültige Entscheidung soll bis Ende des Jahres fallen.

„Für unsere Region ist von zentraler Bedeutung, dass mehr Arbeitsplätze entstehen.“ Mit diesen eindringlichen Worten, hat die SPD-Abgeordnete Glöckner Vertreter der Bundeswehr, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Politiker aus Bundes- und Landespolitik sowie der Städte Rodalben und Pirmasens zu einem Informationsgespräch vor Ort eingeladen. Beim Rundgang durch die Hallen wurde von allen politischen Vertretern für eine Freigabe geworben. Die Bundeswehrvertreter indes hoben die Bedeutung der Hallen für die Bundeswehr hervor.

Die Vertreter der Bundeswehr, Oberstleutnant Emig sowie die Vertreterin der BImA, Lydia Konrad verwiesen erneut auf die noch andauernden Umstrukturierungsprozesse bei der Bundeswehr. Alle Standorte in Deutschland werden derzeit hinsichtlich ihrer Weiternutzung geprüft. Dies geschehe immer auch in Abwägung zwischen Bedeutung für die Bundeswehr und Nutzen für die Region. *„Dass die Freigabe des Grünbühls entgegen früherer Aussagen nun erneut überdacht wird, dämpft unsere Erwartungen natürlich. Dennoch herrscht nun wenigstens insoweit Klarheit, dass wir als Anlieger nach weiteren verfügbaren Flächen Ausschau halten müssen,“* äußerte sich Wolfgang Denzer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rodalben.

Mit der Bitte um etwas Geduld, warb Glöckners Bundestagskollege und Mitglied im Verteidigungsausschuss Thomas Hitschler. Für den Politiker aus der Südpfalz, steht zwar als erste Priorität die Flächen im Gewerbegebiet freizugeben, betont aber, dass eine größere Ansiedlung von Bundeswehrpersonal ebenfalls vorteilhaft wäre für die Region. Zudem verwies er auf die Möglichkeit mit beiden Seiten zu sprechen, denn neben der Bundeswehr verfügen auch die Amerikaner über Areal auf der Husterhöhe. *„Ich werde in zwei Wochen zu Gesprächen im Pentagon sein. Dort wird letztlich entschieden, was die Amerikaner mit dem Standort hier planen,“* äußerte sich der südpfälzische Abgeordnete und verwies darauf sich für eine Klärung einzusetzen.

Abschließend zog Glöckner ein positives Fazit aus der Ortsbesichtigung. *„Mir war es wichtig, alle Beteiligten zu informieren, gemeinsam über weitere Möglichkeiten nachzudenken und auch die Vertreter der Bundeswehr zu sensibilisieren, bei ihrer Entscheidung die Belange der Region im Fokus zu behalten.“*